



Ausschuss für Kommunalpolitik

43. Sitzung (öffentlich)

8. November 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:30 Uhr bis 12:50 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **9**

1 Zweites Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes **10**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3968

In Verbindung mit:

Zwangsabgabe verhindern, Stärkungspakt nachbessern – Vermeintlich starke Kommunen dürfen nicht durch rot-grüne Umverteilungspolitik unter die Wasserlinie gezogen werden.

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3964

Ausschussprotokoll 16/364

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung und Abstimmung am 22. November 2013 durchzuführen.

2 Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW (ELAGÄndG)

12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3966

Stellungnahme 16/1113
Stellungnahme 16/1121

Ausschussprotokoll 16/363

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN bei Enthaltung von CDU und FDP zu.

3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Nachtragshaushalt 2013)

14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4000

Ohne weitere Debatte stimmt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/4000 zu.

4 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2014 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 – GFG 2014) 15

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3802

Ergänzungsvorlage
Drucksache 16/4300

In Verbindung mit:

GFG 2014 fair und sachgerecht ausgestalten – Rot-Grün darf wissenschaftliche Erkenntnisse nicht ignorieren

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4024

Ausschussprotokoll 16/362

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/3802 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN zu.

Der Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/4024 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN abgelehnt.

5 Gesetz zur Entpolitisierung der Polizei

22

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2336

Ausschussprotokoll 16/318

Der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/2336 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN abgelehnt; das Votum wird dem federführenden Innenausschuss mitgeteilt.

- 6 Landesregierung darf Kommunen bei Konversation und Strukturwandel nicht im Regen stehen lassen – Nordrhein-Westfalen braucht landesweites Programm für Konversation und Strukturwandel aus Mitteln der Europäischen Union** 23

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3205

Ausschussprotokoll 16/314

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN den Antrag der CDU-Fraktion ab. Ein entsprechendes Votum wird dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk mitgeteilt.

- 7 Kinder kennen keine Grenzen – Erleichterungen für die Inanspruchnahme von gemeindefremden Kindertagesbetreuungsangeboten auf den Weg bringen** 26

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2622

Ausschussprotokoll 16/334

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend.

- 8 Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demografiefesten, teilha-beorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und ihren Angehörigen (GEPA NRW)** 27

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3388

Ausschussprotokoll 16/319

Der Ausschuss will vor einer weiteren Beratung zunächst die entsprechende Durchführungsverordnung abwarten.

9.1 Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes 28

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4139

Und:

Sonderbedarfswendungen im Härtefall nach dem GFG

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1334

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum an den Innenausschuss.

9.2 Unser Land braucht eine Neukonzeption der Flüchtlingsaufnahme – hin zu einer humanen und dezentralen Unterbringung in ganz NRW 29

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4164

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung des Antrages in der Sitzung am 22.11.2013 aufzunehmen.

10 Auswirkungen eines Urteils des Oberlandesgerichts Düsseldorf zu Zins-Swaps auf die Kommunen und das Land 30

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1314

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Aussprache zu Kenntnis.

11 Steag-Deal ist rechtswidrig – Auswirkungen und Konsequenzen des Oebbecke-Gutachtens 31

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1324

Information 16/134

Der Ausschuss kommt überein, das Thema nach erfolgter
Auswertung voraussichtlich 2014 zu behandeln.

12 Landesregierung muss für kommunale Verteilungsgerechtigkeit bei den Bundesmitteln des Bildungs- und Teilhabepakets sorgen 32

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4158

Der Ausschuss kommt überein, einen Bericht der Landesre-
gierung dazu anzufordern und Anfang 2014 ein Expertenge-
spräch dazu durchzuführen.

13 „Keine Bildung ist viel zu teuer!“ – Beitragsfreie Kinderbetreuung in das neue Kinderbildungsgesetz aufnehmen 33

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4019

In Verbindung mit:

**Stillstand im Elementarbereich beenden – KiBiz JETZT evaluieren,
weiterentwickeln und stärken**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4026

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Antrag der
Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/4019 bereits im feder-
führenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend ab-
schließend beraten worden sei. – Bezüglich des Antrags der
Fraktion der FDP Drucksache 16/4026 verzichtet der Aus-
schuss einvernehmlich auf ein Votum.

14 Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW (NHGTWA-G) 34

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3948

Der Ausschuss kommt überein, auf ein Votum zu verzichten und die weitere Beratung allein dem federführenden Ausschuss zu überlassen.

15 Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten am Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz) 35

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP,
und der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4151

Der Ausschuss kommt überein, sich an der geplanten Anhörung des federführenden Ausschusses nachrichtlich zu beteiligen.

16 Fairen Wettbewerb schaffen: Klare energiewirtschaftliche Regelungen bei der Vergabe von Konzessionen für Strom- und Gasnetze 36

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4153

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung dieses Punktes in 2014 aufzunehmen.

**17 Gesetz zur Offenlegung der Bezüge von Sparkassenführungskräften
im Internet 37**

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4165

Der Ausschuss kommt ohne Aussprache überein, sich nachrichtlich an der im federführenden Haushalts- und Finanzausschuss geplanten Anhörung zu beteiligen.

Nach Abhandlung der Tagesordnung 38

Der Ausschuss kommt aufgrund der Absetzung der am 06.12.2013 vorgesehenen Anhörung überein, die für denselben Tag vorgesehene Beratungssitzung um 09:30 Uhr zu beginnen.

* * *

1 Zweites Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3968

In Verbindung mit:

Zwangsabgabe verhindern, Stärkungspakt nachbessern – Vermeintlich starke Kommunen dürfen nicht durch rot-grüne Umverteilungspolitik unter die Wasserlinie gezogen werden.

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3964

Ausschussprotokoll 16/364

Vorsitzender Christian Dahm schickt voraus, zu beiden Beratungsgegenständen habe der federführende AKo am 11.10.2013 eine Anhörung von Sachverständigen durchgeführt. Vereinbarungsgemäß werde heute die Anhörung ausgewertet.

Michael Hübner (SPD) hat bereits gestern im Haushalts- und Finanzausschuss angekündigt, dass die Koalitionsfraktionen noch Beratungsbedarf sähen und darum bätten, die abschließende Sitzung einvernehmlich auf den 22. November zu legen. Auch im HFA sei man zu der Vereinbarung gekommen, die abschließende Beratung und Abstimmung am 21. November durchzuführen. Man befinde sich noch in der Auswertung der Anhörung, die das eine oder andere Argument vorgebracht habe, das zum Nachdenken seitens seiner Fraktion geführt habe.

Mario Krüger (GRÜNE) merkt an, man habe sich sehr intensiv mit der Situation auseinandergesetzt und insbesondere Gespräche mit betroffenen Gebietskörperschaften geführt und selbstverständlich noch einmal die jeweiligen Haushaltspläne angesehen. Man wisse sehr wohl, dass mit dem Gesetz eine erhebliche Belastung im Einzelfall für die Gebietskörperschaften einhergehe. In der Anhörung sei deutlich gemacht worden, dass in einigen Punkten noch Handlungsbedarf bestehe. Insofern sei man gut beraten, zum heutigen Zeitpunkt kein abschließendes Votum vorzunehmen, sondern dies erst nach entsprechenden Überlegungen, inwieweit man diesen Punkten Rechnung tragen könne, am 22. November zu machen.

Kai Abruszat (FDP) meint, zumindest sei es erst einmal ein Signal, wenn Rot-Grün nach der für sie verheerenden Anhörung darüber nachdenke, diese unsägliche Kommunal-Soli-Situation zu verändern. Die FDP-Fraktion sei gespannt auf das Ergebnis dieses Prozesses. Es sei guter parlamentarischer Brauch, einem Antrag auf Verschiebung zuzustimmen, wenn eine Fraktion noch Beratungsbedarf habe. Der

Stärkungspakt könnte dann so nachgebessert werden, wie es im Interesse der betroffenen Kommunen sei. Insofern habe man nichts dagegen.

André Kuper (CDU) bestätigt für die CDU-Fraktion, dass man bereits vom ersten Tag an darauf hingewiesen habe, dass dieser Kommunal-Soli ungerecht, undurchdacht und unverantwortlich sei. In der Anhörung habe sich seine Fraktion voll und ganz bestätigt gesehen. Alle Sachverständigen hätten ihr vernichtendes Urteil gesprochen. Von daher schließe er sich den Worten des Kollegen Abruszat an, dass es nur zu begrüßen wäre, wenn die Koalitionsfraktionen über diesen Gesetzentwurf nachdächten und diesen verändern wollten.

Torsten Sommer (PIRATEN) erklärt, auch die Piratenfraktion schließe sich den Einschätzungen der Kollegen von FDP und CDU an. Man respektiere selbstverständlich den Beratungsbedarf der regierungstragenden Fraktionen. Diesen parlamentarischen Brauch schätze seine Fraktion sehr.

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung und Abstimmung am 22. November 2013 durchzuführen.